

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Dienstag

12. August 1924

Verlag und Anzeigenabteilung
Gesellschaft 9-5 UG

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

Räumung und Gegenforderungen.

Deutsche Verhandlungen mit Frankreich und Belgien.

London, 12. August. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die deutsch-französisch-belgischen Sonderbesprechungen, die am Montag stattfanden, gibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ folgende Einzelheiten:

Kurz nach dem Mittagessen habe der französische Finanzminister Clementel dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann über die von französischer Seite geforderten wirtschaftlichen Gegenleistungen für die militärische Räumung des Ruhrgebietes ein Memorandum ausgehändigt, das die Auffassung Frankreichs in dieser Angelegenheit zusammenfaßt. Das Memorandum hat folgende zwei Hauptpunkte:

1. Gegenseitige Erleichterungen für die Ausfuhr von Frankreich nach Deutschland und umgekehrt für die Produkte gleichen Wertes;
2. Verlängerung der Klausel des Versailler Vertrages, wonach das Deutsche Reich Vorzugsbehandlung für die Ausfuhrbedürftige Elbfisch-Lohzucht für Textilwaren und andere Industrieprodukte zusehen.

Stresemann machte sodann einen Höflichkeitsbesuch bei den Belgiern, der 20 Minuten dauerte. Das Gespräch drehte sich um die geplanten Handelsverträge mit Frankreich und Belgien. Der deutsche Minister gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Verträge für Deutschland in diesem Augenblick schwierig seien und die Verhandlungen hinausögerten, da Deutschlands Zoll- und Tarifsystem noch nicht geregelt ist und Parallelverträge mit Großbritannien und Italien abzuschließen wären. Was jetzt nach Meinung Stresemanns nötig wäre, seien allgemeine Vereinbarungen über die Prinzipien, von denen diese Verträge geleitet werden. Dr. Stresemann begab sich dann neuerdings zum Sitz der französischen Delegation, um die Aussprache mit Clementel und Seydoux fortzuführen. Später begleitete Stresemann Herriot und, wie man annimmt, auch Macdonald zum Westend-Klub, wo die politischen und militärischen Fragen der Ruhräumung besprochen wurden. Zur selben Zeit machten die belgischen Minister einen Besuch beim Kanzler Marx.

Wie der Londoner Korrespondent des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ erzählt, werden die deutsch-französischen Verhandlungen in den deutschen Konferenzkreisen als „verhältnismäßig befriedigend“ bezeichnet. Die deutsch-französischen Besprechungen sollen am Dienstag fortgesetzt werden.

Das Ergebnis der gestrigen Beratungen.

Paris, 12. August. (W.F.) Ueber die Hauptverhandlungsgegenstände des gestrigen Tages in London: Militärische Räumung des Ruhrgebietes, Militärkontrollfrage und deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen meldet der Sonderberichterstatter des „Quotidien“: Der französische Plan über die militärische Räumung des Ruhrgebietes stellt kein Verkaufsgeschäft dar. Durch die Verpflichtungen Poincarés gebunden, gebietet die französische Regierung, das Ruhrgebiet unter den Bedingungen zu räumen, die ihr am gerechtesten erscheinen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß man erst in einem Jahre wisse, ob der Sachverständigenplan angemessen funktioniere. Sie wird das Ruhrgebiet also spätestens in einem Jahre nach der Ausführung des Sachverständigenplanes räumen. Wenn sie für die Dauer der Ruhrbesetzung ein Maximum festsetzt in der Annahme, daß Deutschland die neuen Verpflichtungen erfüllt, die es in London eingibt, so setzt sie dafür zugleich auch ein Minimum fest. Sie behält sich auf diese Weise die Möglichkeit vor, das Ruhrgebiet rascher zu räumen.

Gestern Abend unterhielt sich Herriot mit Dr. Stresemann längere Zeit über diese Frage. Alsdann unterrichtete Herriot den englischen Ministerpräsidenten von seiner Besprechung mit dem deutschen Außenminister.

Was die Militärkontrolle anlangt, so nahm Macdonald ohne weiteres den Vorschlag Herriots an, bei Deutschland die Annahme der von der Botschafterkonferenz gestellten Bedingungen durchzusetzen, ehe das Protokoll der Konferenz unterzeichnet wird. Die Kölner Zone wird von den englischen Truppen geräumt werden, sobald die Abrüstung Deutschlands durchgeführt ist. Alsdann wird die Interalliierte Kontrollkommission in Berlin ihre Vollmachten auf den Völkerbund übertragen.

Hinsichtlich der französisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen überreichte der französische Finanzminister Clementel gestern Dr. Stresemann ein Dokument, in dem die leitenden Grundzüge dieses Abkommens nach französischer Auffassung niedergelegt sind. Das Abkommen soll auf dem Grundsatze der Weisheitsbegünstigung mit Gegenseitigkeit für Frankreich und Deutschland aufgebaut sein. So wird Deutschland durch langfristige Verträge Frankreich z. B. im Austausch von lothringischen Erzen den nötigen Rohstoff liefern müssen. Dagegen muß auch nach 1925 das Saargebiet im Austausch gegen zollfreie Einfuhr deutscher Waren seine Waren nach Deutschland ausführen können.

Der leitende Gedanke besteht darin, die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ostfrankreich und Westdeutschland anzustreben.

Was Elbfisch und Lothringen anlangt, so handelt es sich um eine Verlängerung des derzeitigen Regimes über einen noch zu bestimmenden Zeitraum hinaus. Hierfür kommen zwei oder drei Jahre in Frage.

Schluß-Inspektion.

Paris, 12. August. (Eigener Drahtbericht.) In der Frage der Militärkontrolle, die am Montag bei den deutsch-französischen Verhandlungen ebenfalls angeschnitten worden ist, sollen die französi-

sehen Forderungen dahingehen, daß die in der Botschafterkonferenz verlangte Schluß-Inspektion durch die interalliierte Militärkontrollkommission ohne Aufschub beginnen soll. Für die Dauer eines Monats sollen alle Kontrollbesuche vorher angekündigt werden. Nach Ablauf dieser Frist soll für die Dauer von weiteren drei Monaten in Fällen, wo die Kontrollkommission es für angebracht halten sollte, die Inspektion ohne vorherige Ankündigung erfolgen. Man hofft auf diese Weise mit der Kontrolle bis zum Jahres-schluß zu Ende zu kommen und danach darüber entscheiden zu können, wieweit die Uebertragung der Kontrolle auf den Völkerbund möglich ist.

Uebertragung an den Völkerbund.

Paris, 12. August. (Eigener Drahtbericht.) Herriot, der am Sonntagabend in Begleitung des Kriegsministers Rollet nach London zurückgekehrt ist, hat seinen Aufenthalt in Paris zu einer eingehenden Aussprache mit dem sozialistischen Abgeordneten Paul Boncour über die geplante Uebertragung der Militärkontrolle auf den Völkerbund benutzt. Dieser Plan, den der Völkerbundrat in seiner letzten Tagung auf englischen Antrag hin zunächst für Oesterreich, Ungarn und Bulgarien ausgearbeitet hatte, ist von der Studienkommission des Obersten Verteidigungsrates, deren Vorsitzender Paul Boncour ist, als auch auf Deutschland übertragbar angenommen worden. Nach Erklärungen, die Boncour am Sonntagabend der Presse gegeben hat, ist der Plan von der Studienkommission, in der auch der Generalstab von Heer und Marine vertreten ist, durch einige Bestimmungen ergänzt worden, die eine Gewähr dafür bieten sollen, daß die vom Völkerbund ausübende Kontrolle wirklich effektiv sein wird. Die Kontrollkommission soll insbesondere so zusammengesetzt sein, daß in ihr diejenigen Staaten, von denen der Antrag auf Durchführung einer militärischen Inspektion ausgeht, vertreten sein sollen, während andererseits die Unparteilichkeit durch die Anwesenheit von Delegierten der im Völkerbundrat vertretenen Regierungen gesichert werden soll. Die französische Regierung werde bei der Vollversammlung des Völkerbundes im Herbst den Antrag stellen, daß dieser Plan zum Beschluß erhoben wird.

Ein Zwischenfall.

Paris, 12. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ meldet, daß der von der deutschen Regierung mit den Verhandlungen mit der interalliierten Kontrollkommission betraute deutsche General dieser Tage nach mehreren Besprechungen mit deren Vorsitzenden, dem General Walsh, einen Brief an die Kommission gerichtet habe. Er habe darin erklärt, daß die deutsche Regierung die Wiederaufnahme der Kontrolle in der Hoffnung gestattet habe, daß die Kommission eine von der Vergangenheit abweichende Mentalität an den Tag legen werde. Er habe darauf weiterhin die Forderung erhoben, daß die deutschen Militärs von der Kommission auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung behandelt werden, und daß diese jede von ihr beabsichtigte Kontrolle 48 Stunden vorher anzeigen. Die Mitglieder der interalliierten Kommission einschließlich der Chefs der englischen und der italienischen Mission hätten diese deutschen Forderungen einmütig für unannehmbar erklärt. General Walsh sei nach Paris gefahren, um die Botschafterkonferenz von diesem Zwischenfall in Kenntnis zu setzen, und auch Herriot und Ramsay Macdonald seien von der Haltung der deutschen militärischen Stellen unterrichtet worden.

Amerika und die nächste Konferenz.

Washington, 12. August. (Eco.) Die „United Press“ schreibt: Die Ankündigung des Präsidenten Coolidge, wonach die Vereinigten Staaten offiziell auf der nächsten internationalen Konferenz in Paris vertreten sein werden, wird als ein Zeichen dafür angesehen, wie eng bereits die Bande zwischen Amerika und Europa in den großen außenpolitischen Fragen sind. Der Dames-Bericht, sagt man in Washington, habe eine Aenderung in der Haltung der Vereinigten Staaten hervorgerufen. Staatssekretär Hughes wird von Washington als amerikanischer Delegierter auf der Pariser Konferenz fungieren. Die Vereinigten Staaten werden ferner durch den amerikanischen Vertreter in der Reparationskommission Logan sowie den Londoner Botschafter Kellogg vertreten sein. Man nimmt in Washington an, daß eine Vereinbarung mit Deutschland aus dieser Konferenz hervorgehen werde. Man sieht es jedoch als außerordentlich zweifelhaft an, daß die Vereinigten Staaten auf einer Konferenz offiziell vertreten sein werden, die sich nur mit der Frage der interalliierten Schulden befaßt. In offiziellen Kreisen wird erneut erklärt, daß die Frage der interalliierten Schulden unter die Entscheidung des Repräsentantenhauses und nicht unter die des Präsidenten fällt.

Von der Börse.

Der Rückschlag am Anleihemarkt, der im Verlauf der gestrigen Börse einsetzte, hat heute keine weiteren Fortschritte gemacht. Man handelte gegen mittag Kriegsanleihe mit 700 Schußgebieten mit 3, Zwangsanleihen mit 18 bis 20, 3/4prozentige Preußische Konsole mit 1800.

Ein wesentlich freundlicheres Bild bot der Aktienmarkt. Zwar haben die neueren Nachrichten aus London über die Schwierigkeiten in der Räumungsfrage den gestrigen Optimismus etwas gedämpft, doch glaubt man auch, daß in dieser Angelegenheit eine Einigung bevorstehe. Die Tendenz des Aktienmarktes war heute fest bei ruhigem Geschäft.

Am Geldmarkt bleibt täglich Geld mit 1/2 pro Mille angeboten. Dispositionen auf längere Sicht werden kaum vorgenommen. Im Devisenverkehr zeigt sich eine besondere Festigkeit für alle europäischen Währungen.

Am Wendepunkt.

(Von unserem Berichterstatter.)

London, 10. August.

Macdonalds Wunsch, die Konferenz möge mit dem Wochenende ihre Arbeiten abschließen, hat sich nicht erfüllt, aber das ist für niemanden eine Enttäuschung gewesen. Auch nicht für den englischen Ministerpräsidenten selbst, der durch die Andeutung eines Termins nur das Tempo beschleunigen wollte, und der heute jedenfalls zugestehen wird, daß es bei keinem der Beteiligten an dem guten Willen gefehlt hat, das Werk zu fördern. Es ist fieberhaft und mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet worden, aber das Feld war zu groß, als daß es in fünf oder sechs Tagen hätte bestellt werden können, und nun darf man mit Befriedigung konstatieren, daß man in der gegebenen Zeit so viel vor sich gebracht hat, wie unter den gegebenen Umständen möglich war. Der bisherige Verlauf ist durchaus normal gewesen, einschließlich der nun einmal unvermeidlichen Zwischenfälle, die zu bedauern sind, weil sie eine gewisse Ungeschicklichkeit verrieten, die aber zum Glück keine ernsthafte Störung der Verhandlungen herbeigeführt haben.

Natürlich fehlt es nicht an Pessimisten von Beruf und aus Liebhaberei, die täglich einmal von einer „Krisis“ oder von einem „toten Punkt“ munkeln, und die jedesmal schon ein Fiasko prophezeien, wenn eine Uebereinstimmung nicht gleich beim allerersten Anlauf erreicht wird, indessen diese Schwarzmalerei gehört nun einmal dazu, und die Neigung zum Skeptizismus ist außerdem einermahen verständlich, wenn wir uns der bei den zahlreichen Nachkriegskonferenzen gesammelten Erfahrungen erinnern. Aus ihnen entsprang besonders für die Deutschen das Gefühl der Unsicherheit und des Zweifels. War die „Gleichberechtigung“ am Ende nicht doch nur ein leeres Wort? Bestand nicht die Gefahr, daß in irgendeinem Moment doch wieder das Brennschwert des Siegers in die Waagschale geworfen werde? — Die Befürchtungen waren unbegründet. Deutschland hat nicht den geringsten Grund, sich über die ihm zufließende Behandlung zu beklagen, und sachlich kann es außerdem eine Anzahl von nicht unwesentlichen positiven Errungenschaften buchen.

Daneben gibt es noch einen anderen Erfolg der Woche, und das ist der, daß die führenden Persönlichkeiten der deutschen und der französischen Regierung miteinander in persönliche Berührung getreten sind. Zuerst tauschten sie Höflichkeitsbesuche aus und dann sah man sich auf einem Abendessen beim amerikanischen Botschafter. Warum diese Zusammenkunft auf neutralem Boden so eifrig geheimgehalten wurde, entzieht sich unserer Kenntnis, wie wir uns natürlich überhaupt nicht rühmen können, in den Geheimnissen der Deute zu sein, die der besonderen Bevorzugung durch unterrichtete Persönlichkeiten würdig sind oder sich ihrer würdig zu machen verstehen (darüber wird vielleicht nach der Konferenz noch einiges zu sagen sein). Aber in jedem Fall: man ist gesellschaftlich beieinander gewesen, hat nicht ausschließlich über das Wetter gesprochen, ja, es darf vielleicht sogar hinzugefügt werden, daß man persönlich bis zu einem gewissen Grad Gefallen aneinander gefunden hat, was nicht zuletzt das Verdienst der einfachen Geradheit des Reichskanzlers Marx ist.

An diesem Punkte halten wir also am heutigen Sonntag. Wir dürfen zufrieden sein — und wir dürfen auch Hoffnungen hegen. Nur sollen wir uns der großen Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, bewußt bleiben. Da ist zunächst die Frage der Sachlieferungen, in der die Meinungen noch scharf gegeneinander stehen, und da ist das Problem der militärischen Räumung der Ruhr, von dessen Lösung — das ist nicht zuviel gesagt — das Schicksal der Konferenz schließlich abhängt.

Es ist nützlich, gerade heute über diesen Gegenstand zu schreiben, da wir morgen nach der Rückkehr Herriots aus Paris zweifellos klüger sein werden und sich alsbald herausstellen wird, auf welche Basis die Franzosen sich stellen wollen. Wir können nur noch einmal kurz den Tatbestand, wie er sich bisher darstellte, skizzieren.

Auf der einen Seite forderte Deutschland die sofortige Zurückziehung der Truppen, für deren Verbleiben im Ruhrrevier kein Rechtsgrund mehr vorgebracht werden konnte. Auf der anderen Seite hatte für die französische Regierung die Ruhrbesetzung ihre Funktionen verändert. Die Soldaten waren nicht mehr zum Schutz der Ingenieure da, sondern ihre Anwesenheit sollte eine Garantie für die Sicherheit Frankreichs sein und gleichzeitig der Beweis, daß man am Ende in London doch nicht auf alles verzichtet habe.

Es gab insolgedessen in den französischen Regierungskreisen eine Richtung, deren Vertreter die ganze Angelegenheit weder auf der Konferenz noch neben ihr diskutiert sehen wollte. Es sollte mit dieser Auseinandersetzung bis zur Tagung des Völkerbundes gewartet werden, um sie dann unter dem Gesichtspunkt der europäischen Sicherheit zu führen. Daß damit nicht weiterzukommen war, ließ sich bald erkennen, und nun tauchten die „Gegenleistungen“ auf, zu denen sich die Alliierten Frankreichs sowohl wie Deutschland verpflichten sollten.

Die Frage ist, wie auf dem Pariser Ministerrat diese Forderungen formuliert worden sind, und wie weit man dort

Herriot die Hände gebunden hat. Wenn es wahr ist, daß er von Macdonald das positive Versprechen der Einberufung einer Konferenz erhielt, die eine Regelung der englischen Schulden Frankreichs herbeiführen soll, so war seine Position von vornherein nicht ungünstig, aber es kommt darauf an, wie weit dieses Zugeständnis von englischer Seite die Ansprüche gemildert hat, die man in der vorigen Woche an Deutschland zu stellen geneigt war. Sie ließen sich in zwei Kategorien teilen, eine militärische und eine wirtschaftliche. Sicherheit und ökonomische Vorteile waren die beiden Ziele. Das eine sollte durch eine Verbindung der Räumung mit den Ergebnissen der Militärkontrolle, das andere mit Hilfe eines in absehbarer Zeit abzuschließenden Handelsvertrages und der Verlängerung der Einfuhrerleichterung für Waren aus dem Gebiete des ehemaligen Elsass-Lothringens erreicht werden. Den militärischen Standpunkt vertrat General Koller, den wirtschaftlichen der Finanzminister Clementel, und Herriot suchte beide Auffassungen miteinander in Zusammenhang zu bringen, wobei man immer wieder die Versicherungen hören konnte, daß auch die Verknüpfung mit der Militärkontrolle die Räumung nicht über den 10. Januar 1925 hinaus zu verzögern brauche, wenn die erste Etappe der Entwaffnungskontrolle keine so schwerwiegende Verschärfungen gegen den Versäfler Vertrag ergeben habe, daß sich auch England genötigt sehe, seine Truppen über die vorgezeichnete Frist hinaus in der Kölner Zone zu belassen.

Was bringt Herriot zurück? Die Frage ist heute in aller Munde. Wenn dieser Brief in Berlin eintrifft, wird sie wohl schon beantwortet sein. Hoffentlich wissen wir dann auch, wann und wie die Konferenz zu Ende geht. Ihr Ergebnis wird schließlich niemanden reißlos befriedigen, aber wenn man sich wenigstens mit dem ersten Gedanken an die Möglichkeit der Wiederherstellung eines wirklichen Friedens (nach zehn Jahren) trennt, wird schon viel erreicht sein.

Die Industrie und die Agrarzölle.

Die Konsequenzen agrarischer Hochschutzzölle.

Die Konsequenz der agrarischen Hochschutzzollpolitik ist die industrielle Hochschutzzollpolitik. Der Weg, den das Reichsernährungsministerium mit seiner Zollwucherordnung eingeschlagen hat, führt zum lächerlichen Hochschutzzolltarif. Die Industrie steht vor der Frage, ob sie zurückkehren soll zum Solidaritätssystem: gemeinsames Interesse von Landwirtschaft und Industrie an Hochschutzzöllen, Industriezölle für Agrarzölle, gemeinsamen Brotwucher und industriellen Wucher. Die Meinungen darüber sind in den Kreisen der Industrie nicht einheitlich. Es zeichnen sich sehr entschieden wirtschaftspolitische Tendenzen ab.

Das Stimmes-Organ, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, eröffnet deshalb eine Diskussion über die Frage der Zollpolitik. Der erste Aufsatz in dieser Diskussion wendet sich unter der Überschrift „Die falsche Front der Landwirtschaft“ mit sehr treffenden Argumenten gegen die agrarischen Zollpläne:

Wird hier nicht eine falsche wirtschaftspolitische Front aufgeführt? Die richtige Front der Landwirtschaft brauchte durchaus nicht auf die rasche und reißlose Durchführung des Freihandels als eines nur theoretischen Idealgebildes zu geben, wohl aber müßte sie geschlossen werden, um nur solche Tarifpositionen zu dulden, denen ein wahrer Wert für die Entwicklung der deutschen Produktivität zugesprochen ist. Aber indem die Landwirtschaft für sich selber Zölle fordert, die ihr nichts nützen, bringt sie sich praktisch politisch in die Lage, Zölle konzedieren zu müssen, die ihr schaden. Selber ohne die Aussicht, die Agrarzölle effektiv werden zu lassen, begibt sie sich der Freiheit, unter allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten Industriezölle zu Fall zu bringen, sofern sich das als notwendig erweisen würde.

Das amerikanische Farmer-Bureau sagt: für die 125 Millionen Agrarzölle, die uns zugute kommen, haben wir 426 Millionen Industriezölle bewilligen müssen.

Die Klagen der deutschen Landwirtschaft werden bald noch ganz anders lauten. Sie wird eines Tages die Verteuerung durch die Industriezölle, die sie konzedieren mußte, zu berechnen

haben und wird feststellen, daß die Zölle auf ihre eigenen Produkte ihr den Betrag von 0 Mark eingebracht haben. Die Schere, die der Landwirtschaft den Lebensnerven zu verkürzen droht, besteht aus niedrigen Agrarpreisen einerseits, teuren Industriezölle andererseits. Die Landwirtschaft schärft diese Schere, indem sie einerseits die Agrarpreise nicht hebt, andererseits die Industriezölle verteuert.

Wesentlich ist es, die Kaufkraft des Erlöses aus der landwirtschaftlichen Produktion zu heben, indem man die Preise für Industrieprodukte senkt, und dieser wesentliche Punkt wird bis jetzt bei uns in einer Weise vernachlässigt, die zu den schwersten Befürchtungen Veranlassung gibt.

Die andere Tendenz in der Industrie ist die Hochschutzzöllnerische. Sie will die Agrarzölle, um industrielle Höchstschutzzölle durchsetzen zu können. Die Front der Hochschutzzöllner ist nicht festgelegt, und es läßt sich noch nicht übersehen, wie weit sie sich erstreckt.

Volkspartei und Verfassungstag.

Die Volkspartei fühlt sich getroffen, weil ihre Weigerung, sich an den Verfassungsfeiern zu beteiligen, auch in der Presse der Regierungskoalition übel vermerkt worden ist. Sie läßt durch ihren Pressedienst einen Artikel verbreiten, der diese Haltung rechtfertigen soll. Es heißt da:

„Niemand wird behaupten können, daß die Verfassungsfeiern, die in diesen Tagen stattfanden, und die Art, in der sie begangen wurden, dem Gedanken der Einheit unseres Volkes nach außen besonders genützt hätten. Ob die Beteiligung nun mehr oder weniger zahlreich gewesen ist, es waren doch recht einseitig zusammengesetzte Versammlungen, die da und dort stattfanden. Etwas herausfordernd hat man versucht, die neue schwarzrot-goldene Flagge den alten Reichsfarben entgegenzustellen: wer die spärliche Vertretung der neuen Flagge in den Städten gesehen hat, wird feststellen müssen, daß der Erfolg dieser Bemühungen umsonst gewesen ist. Von manchen rednerischen Entgeißlungen, die natürlich nicht ausbleiben konnten, wolle man sich absehen. Uns scheint der gegenwärtige Augenblick überhaupt schlecht geeignet, große Feste zu feiern.“

Der Pressedienst der Volkspartei fällt damit den Führern seiner Partei in den Rücken. Die Verfassungsfeiern sind von der Reichsregierung angeordnet worden, in der die Volkspartei eine maßgebende Rolle spielt. Einer der Hauptredner bei der Feier war der der Volkspartei nahestehende Vizekanzler Dr. J. J. J., der das Wort von dem in der Republik geeinten deutschen Volke prägte. Es ist echt volksparteilich, die Handlungen ihrer eigenen Führer aus Angst vor den Deutschnationalen auf diese Weise nachträglich zu diskreditieren und sie in den Augen des Auslandes lächerlich zu machen.

Unverkörpert aber ist es, das offene Zeigen der Schwarzrotgoldenen Reichsfarben als Provokation zu bezeichnen und im Zusammenhang mit der Verfassungsfeier von übel angebrachten Festlichkeiten zu sprechen. Als die Putschorganisationen und ihr monarchistischer Anhang bei den Deutschnationalen die Öffentlichkeit mit ihrem schwarzweißroten Flaggenputz und ihren verfassungsfreudigen Demonstrationen überschwemmten, konnte sich die Volkspartei nicht eifrig genug für die „Freiheit der Straße“ einsetzen. Damals hörte man kein Wort von ungezügelter Festfeier und Herausforderungen in der Flaggenfrage. Im Gegenteil, die erste Tat der volksparteilichen Reichstagsfraktion nach den Wahlen war ein Antrag auf — Wiedereinführung der schwarzweißroten Fahne. Und das ist das Lustige an der Geschichte. Jeder blamiert sich, so gut er kann.

Die wahrhaft Schuldigen.

Zum Konflikt vor dem Staatsgerichtshof.

Die kommunistische Presse hat eine neue Walze. Sie benutzt den Konflikt mit dem Staatsgerichtshof und die Entgeißlung des Senatspräsidenten Dr. Riedner zu einem Feldzug gegen Riedner und den Staatsgerichtshof, während er tatsächlich die Republik treffen soll. Daneben soll das Geschrei von der Tatsache ablenken, daß der Pro-

zess vor dem Staatsgerichtshof in Wahrheit ein Prozeß gegen die Gewissenlosigkeit der kommunistischen Führung ist, die einfache Parteifolken der KPD. schwerer Strafe preisgibt, während die Drahtzieher sicher im Hintergrund sitzen. Aufopferung der einfachen Parteifolken, Verleumdung, Abschüttelung statt Solidarität — das ist noch immer die Parteimoral der KPD-Zentrale gewesen.

Hätten die Kommunisten ihren angeklagten Parteigenossen gute Dienste leisten wollen, so hätten sie nach dem Zwischenfall im Gerichtssaale eine Atmosphäre schaffen können, die den Angeklagten günstiger wäre als ihre heuchlerische Presse-geschrei. Jeder im Gerichtssaal Erfahrene weiß, was damit gesagt ist. Aber auf gute Erfolge für die gegenwärtig Angeklagten kommt es den Kommunisten nicht an. Sie freuen sich, endlich einen Namen gefunden zu haben, den sie in tausend Abtönungen durch alle Lande schreien können. Nachdem ihr Haarmann-Sput keinerlei Echo mehr findet, versuchen sie es mit dem Riedner-Schrecken. In allen Orten jagten sich Versammlungen und Resolutionen gegen die „Blutjustiz“ eines Riedner und seiner „sozialdemokratischen Adjutanten“.

Damit ist glücklich das Stichwort gefunden, nach dem so lange gesucht wurde. Daß auch sozialdemokratische Beisitzer dem Staatsgerichtshof angehören, galt bisher als ein Mittel, den republikanischen Charakter dieses Gerichts sichern zu helfen. Für die Kommunisten wird das lediglich zum Anlaß, ihrem Weierwachen eine neue Walze einzuführen mit dem Titel „Riedners sozialdemokratische Adjutanten“. Sie verraten damit den Zweck ihres Geschreis und entheben uns einer ersten Antwort.

Aber es muß in diesem Zusammenhange noch ausgesprochen werden, daß die Angeklagten in Leipzig die Opfer der russischen Methoden sind, die die Zentrale der KPD. in Deutschland eingeführt hat. Diese Zentrale hat immer und immer wieder bewaffnete Aufstände gepredigt und organisiert. Sie trägt die Verantwortung — nicht nur moralischer Art — für die mitteldeutschen Erzeisse, die zahlreiche Arbeiter ins Zuchthaus führten. Sie ist verantwortlich für den Oktoberaufstand in Hamburg und die Versuche in Sachsen, sie rühmt sich, wenn sie nicht gerade über die Opfer ihres Treibens heuchlerische Tränen vergießt, daß sie trotz allem den Bürgerkrieg und die Weltrevolution vorbereite. Ihre blutrünstigen Aufträge und verlogenen Pressezeugnisse umnebeln den Anhängern das Hirn. Wenn diese Anhänger dann ausführen, was die Zentrale gelehrt, und dabei gefeßt und unter Anklage gestellt werden, dann schreit die Zentrale mit ihrem Heer von Angestellten im Chorus über „weiße Justiz“!

Glaubt irgendein ernsthafter Mensch — und auch bei den Kommunisten dürfte es noch solche geben —, daß die demokratische Republik verpflichtet wäre, ohne Gegenwehr an allen Enden des Reiches Bomben legen zu lassen, die ihr Gefüge sprengen sollen? Hält man es für möglich, daß irgendeine Staatsform offene Gewalt widerspruchslos gegen sich anwenden ließe? Geistig Arme, die dieser Meinung sind, werden nach Sowjetrußland gehen müssen, um dort zu lernen, welche Mittel ein kommunistischer Staat anwendet, um seine Allmacht aufrechtzuerhalten!

An die Adresse des Bürgertums!

Mangel an Bekanntheit.

Die „Vossische Zeitung“ erinnert das Bürgertum an seine Verantwortlichkeit gegenüber dem kaiserlichen System und stellt den Mangel an Bekanntheit zur Reichsflagge dazu in Parallele. Sie schreibt über die Erfolge des Verfassungstages:

„Nach auffälliger Präsentation sich die großen Bahnhofspolizei-Rur auf den reichsfestlichen Bahnhofgebäuden flatterten die Fahnen; auf den umliegenden Privathäusern, auf den Türmen und von den Giebeln der großen Hotelpaläste flatterte — nichts. Für sie alle existierte der Verfassungstag nicht; für sie hatte — nebenbei bemerkt — mit ganz vereinzelten Ausnahmen auch der Gedanken für die Kriegsgefallenen am 3. August nicht existiert. Und es war bezeichnend, daß eines der größten Berliner Hotels am Potsdamer Platz am 3. August nicht die Reichsflagge, sondern eine Fahne in den Berliner Farben Rot-Weiß-Rot gehißt hatte!“

Menschen zweiter Klasse.

Von Dr. Müller.

Wir hatten im April 1919 mit unserer Mehrheit die Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung in unserer Stadt übernommen. Von allen Seiten fürmlen Forderungen auf uns ein, die, wie behauptet wurde, unbedingt und sofort erfüllt werden mußten. Seit Jahrhunderten hatte man die alten patriarchalischen Zustände ertragen, jetzt sollte innerhalb von 14 Tagen oder vier Wochen eine grundsätzliche Veränderung herbeigeführt werden. Das war nicht leicht. Jeder mußte das einsehen. Aber in Briefen und persönlichen Unterredungen, ja, sogar durch das Telephon wurden wir bedrängt. eines Tages rief mein Telephon: „Hier Stadtkonzipist Soundso.“

„Nun, was wünschen Sie denn?“

„Ich höre eben, daß unsere Forderung, schleunigst Stadtkonzipisten zu werden und im Gehalt aufzurücken, noch nicht erledigt worden ist. Wir haben es endlich satt, uns als Menschen zweiter Klasse behandeln zu lassen und müssen die unbedingte Forderung stellen, innerhalb acht Tagen aufzurücken.“ Das kam so energisch, daß man darob staunen mußte.

„Ja, aber Sie haben sich das doch seit Jahrzehnten gefallen lassen, da werden Sie doch wohl auch noch einige Zeit Geduld haben, denn es läßt sich doch nicht alles übers Knie brechen.“

„Das ist uns gleichgültig, wir haben es satt, Menschen zweiter Klasse zu sein.“

Nach etwa vier Wochen hatten wir diese „Zweitklassigen“ ihren Forderungen entsprechend eingruppiert. Sie waren offenbar nach ihrer Auffassung Menschen erster Klasse geworden. Alles war gut und schön, so meinten wir.

Es dauerte kein halbes Jahr. Da unterbreitete der Herr die Forderung, jetzt nicht mehr Stadtkonzipist, sondern Stadtobersekretär zu sein. Und nach einem Jahre lautete sie dahin, daß man jetzt Bureauinspektor werden wolle, denn man habe es satt, Menschen zweiter Klasse zu sein. Und als wir nun erklärten, daß es doch sehr merkwürdig wäre, daß sie sich immer noch als Menschen zweiter Klasse fühlten trotz der großen Steigerung, kam die Antwort: „Ja man hätte erwarten dürfen, daß die Revolution nun auch eine wirkliche Hebung der ganzen gesellschaftlichen und finanziellen Lebensstellung bringen werde. Und wenn man das nicht wollte, nun, dann ginge man eben zu denjenigen, die eine solche Hebung versprochen hätten und sie auch zweifellos durchzuführen würden!“

Die Rechtsparteien waren nämlich erstarrt und hatten den „Zweitklassigen“ die Erfüllung ihrer Forderungen zugesagt.

Wirklich gab es für diese Forderung eine Mehrheit, aber es wurde natürlich darauf hingewiesen, daß es doch etwas eigenartig sei, sich immer nur so weit als Menschen zweiter Klasse zu fühlen, als man augenblicklich Mehrheitsverhältnisse zu einer weiteren Emporhebung ausnutzen zu können glaube. Aber die Herrschaften wurden eben wiederum einmal aus Menschen zweiter Klasse solche erster Klasse.

Und die Folge: Gleichzeitig wurden sie deutschnational und gebärdeten sich deutschnationaler als die schlimmsten früheren Deutschnationalen.

Neue Versuche mit vertauschten Köpfen.

In einer seiner venetianischen Novellen labelt Franz v. Gauß davon, daß zwei Enthauptete durch die Kunst eines paduanischen Doktors und die Wirkung seines berühmten Pulvers Bertimpino die abgehauenen Köpfe wieder auf dem Hals angeheilt seien. Dieses phantastische Wunder hat nun der Biologe Walter Finkler ohne jedes Zaubermitel vollbracht, allerdings nur bei Insekten. Von seinen Ueberpflanzungen der Köpfe von Wasserläufern ist bereits viel die Rede gewesen. Neue Versuche der Vertauschung von Köpfen, über die Otto Deigner in der „Mensch“ berichtet, bieten weitere Einblicke in dies hochinteressante Gebiet der Biologie. Die Wasserläufer waren wegen ihrer Lebensfähigkeit und ihrer Größe für die schwierige Operation der Kopf-überspflanzung besonders geeignet. Vertauschte Finkler die Köpfe verschiedener Geschlechter, so zeigte das Weibchen mit dem Männchenkopf kein weibliches Benehmen mehr, ließ sich die Annäherung der Männchen nicht wie früher gefallen, sondern übernahm selbst die männliche Rolle und verfolgte das Weibchen. Die Männchen aber behandelten das „Männweib“ weiter als Weibchen. Diese durch den Kopfschlag perverts gewordenen Weibchen sind also der beste Beweis für den geschlechtsbestimmenden Einfluß, den der Kopf ausübt.

Finkler hat dann weitere Versuche mit der feinen Wasserwanze unternommen, die man wegen ihrer eigenartigen Stellung auch „Rückenschwimmer“ nennt. Diese Wassertiere besitzen eine gewisse Einheit der Färbung durch helle Unter- und dunkle Oberseite. Daß es sich dabei aber um keine Schutzfärbung handelt, ist durch die neuen Versuche erwiesen. Der Rückenschwimmer wird in zwei Arten angetroffen, in einer mit ganz ungefärbten Flügeln und einer zweiten mit dunkler marmorierter Zeichnung. Wenn die ungefärbten Rückenschwimmer in ein gegen Licht allseitig abgedecktes Aquarium gebracht wurden, das nur von reflektiertem Licht von unten erhellt wurde, so wiesen diese nach etwa zwei Monaten die Farbe der marmorierten Art auf. Das Licht allein hatte also diese Färbung hervorgerufen. Der Rückenschwimmer mit hellen Flügeln hält sich hauptsächlich in dunklen dichtbewachsenen Teichen auf, der marmorierte dagegen in Tümpeln mit hellem klarem Wasser, durch das das Licht wirken kann. Wurde der Kopf eines künstlich gefärbten Tieres auf den ungefärbten Körper eines anderen aufge-

pflanzt, so wurden seine Flügeldecken dunkel gefärbt. Dagegen übt der Kopf der naturgefärbten Art überhaupt keinen Einfluß aus. Die Ursache ist in der Erwerbungsart der Eigenschaft zu suchen. Die künstlich erzeugte Färbung ist übertragbar. Dagegen ist die marmorierte Zeichnung, die vor vielen Generationen erworben wurde, nicht mehr übertragbar. Der Kopfschlag zwischen verschiedenen Wasserläufern, zwischen dem Gelbbräun und dem pechschwarzen Wasserläufer, führt zu ähnlicher Verfärbung. Der Gelbbräun mit dem Kopf des schwarzen Wasserläufers verliert seine gelben Randstreifen. Bei den Stabheuschrecken vollzieht sich durch Kopfschlag die gleiche Farbumbildung.

Noch eine Methode künstlicher Goldgewinnung? Zu der Entdeckung des Professors Riethe, aus Amalgam Gold zu gewinnen, wird dem „Kölnischen Tageblatt“ mitgeteilt, daß eigentlich Professor Dr. Riethe nicht als erster Entdecker angesehen werden kann, da schon im März d. J. H. Rurichsen, F. Gaudot und Dr. Jangle in Köln nach langen Vorarbeiten ein Verfahren zur künstlichen Goldgewinnung ausgearbeitet hätten, das übrigens bedeutend vorteilhafter sei, als das Riethe's. Die Entdecker hatte lediglich der Gedanke, das Verfahren noch weiter auszuarbeiten, bisher davon abgehalten, mit ihrer Entdeckung an die Öffentlichkeit zu treten. Da aber inzwischen das Riethe'sche Verfahren veröffentlicht worden sei, läßt sie sich aus Prioritätsgründen zu der Veröffentlichung ihrer Entdeckung gezwungen. Es wird mitgeteilt, daß die Kölner Entdeckung in allerhöchster Zeit weitere Uebertragungen bringen werde.

Eine Plakette des Gedächtnisses und des Wiederaufbaus. Zum 3. August, dem Tage der Gedenkfeyer des deutschen Volkes für die Opfer des Weltkrieges, ist von dem Bildhauer C. A. eine Plakette entworfen worden, die in schlichter Form dem Gedanken Ausdruck verleiht, daß der lebende Geist unserer Toten für den Wiederaufbau des Vaterlandes ein leitendes Symbol sein soll. Die Plakette ist in der Bildgießerei Gladenbeck in Friedrichshagen bei Berlin hergestellt worden und kann dort sowie in Münchener Verlagen und anderen einschlägigen Geschäften zum Preise von 20 M. erworben werden. Der Ertrag wird der in Aussicht genommenen Sammlung zur Errichtung eines Denkmals des deutschen Volkes für seine Gefallenen zugeführt werden.

Eine Uhr aus Strohhalmen. Auf der Münchener Weltmesse, der Neuerausstellung für erfindungsreiches Kunstgewerbe, ist zurzeit eine Standuhr ausgestellt, die ganz ohne Metall, ohne Federn, rein aus Strohhalmen hergestellt ist und dabei an Präzision und Dauerhaftigkeit jedem Uhrwerk aus anderem Material gleichkommt. Die Standuhr ist 170 Zentimeter hoch und stellt architektonisch einen Dom dar, der ebenfalls völlig aus Stroh gebaut ist. Die Uhr wurde von einem Schulmachersmeister in der Uckermark hergestellt und ist seit einer Anzahl von Jahren in Gang, ohne bisher einer Reparatur bedürftig gewesen zu sein. Die Wunderuhr will der Besitzer verkaufen, um sich die Mittel zu einer neuen Kunstuhr zu verschaffen, die im Modell bereits fertig ist.

Und da liegt des Pudels Kern. Man getraut sich einfach nicht, die schwarzrotgoldene Flagge zu zeigen, aus Angst, die „vornehmen“ Gäste, der Herr Baron Dingsdriehwisch oder der Herr Generaldirektor Soudou könnten dieses Bekenntnis zur deutschen Republik über bemerken. Da steckt man, mag man selbst vielleicht gar nicht so undemokratisch gefasst sein, lieber gar keine Fahne heraus und den Kopf in den Sand, stellt sich blind und taub und tut, als ob einem die Reichsflagge da drüben auf der Zinne des Bahnhofs gar nichts angehe.

Deutscher Männerstolz!

Hat sich einer der weitgewandten und allzeit verbindlich dienenden Herren Hoteldirektoren gar nicht einmal die Frage vorgelegt, wie eine solche Nichtachtung dieses nationalen Feiertages auf seine Gäste aus dem Ausland wirken muß, etwa auf die Amerikaner, für die der Verfassungstag, der Independence Day am 4. Juli, der höchste aller Festtage ist? Kann ein Ausländer auch nur einen Funken Achtung für den Deutschen aufbringen, der es aus Feigheit nicht wagt, sich durch das Hülsen der Nationalflagge zu seinem Staatswesen zu bekennen, oder der seine politische Gegnerschaft den herrschenden Parteien gegenüber durch die Ignorierung des nationalen Feiertages zum Ausdruck bringt?

Breslau, 11. August. (Eigener Drahtbericht.) Die gefrige Verfassungsfestfeier endete eindrucksvoll mit einem gewaltigen Fackelzug vieler Tausender. Heute folgte die Verfassungsfeier aller Behörden mit einer gemeinsamen Festrede des demokratischen Oberbürgermeisters. Außerdem feierten alle Schulen Abends fand eine Massenversammlung des Reichsbanners mit einer Rede des parteigenösslichen Obersten Bange statt. Der Gesamteindruck war ein starkes Bekenntnis zur Republik.

Bochum, 12. August. (Eigener Drahtbericht.) Die von der sozialdemokratischen Partei des Ruhrgebietes veranstalteten Verfassungsfestfeiern fanden unter starker Beteiligung statt. Abgesehen vom Stadt- und Landkreis Dortmund und Herne verzichteten die großen Städte des Ruhrgebietes auf offizielle Verfassungsfestfeiern. Von den Parteien hatte nur die sozialdemokratische zur Kundgebung aufgefordert, nachdem die Befehlsgewaltigen die Genehmigung zu Feiern in geschlossenen Räumen gegeben hatten. Die Vorbereitung von Bochum und Dortmund veranstaltete an den Nachmittagen Volksfeste im Freien, die von vielen Zehntausenden besucht waren.

Die Kommunisten als Vortrupp der Reaktion.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben am 11. August die Arbeiter ausgerufen, zu demonstrieren für die Republik, gegen die Monarchisten und Militaristen. Darob großes Geheul bei den Kommunisten. Die Sozialdemokratie wird angeklagt als Feind der Arbeiterschaft, weil sie die Republik schützen will gegen die Reaktion. Blödes Geschwätz politischer Analphabeten.

In der Republik, wie sie heute ist, sehen wir nicht die Erfüllung aller unserer Wünsche. Sozialdemokraten aber wissen, und nicht nur diese, sondern auch Kommunisten geben das zu, daß diese Republik mit all ihren Fehlern und Schwächen ein weit günstigerer Kampfboden im Befreiungskampf der Arbeiterklasse ist als die beste Monarchie. Sozialdemokraten sind sich darüber klar, daß, wenn es den Monarchisten erlingen sollte, die Republik zu beseitigen, die Aufrichtung der Monarchie gleichzeitig die Aufrichtung der Kaiserin Deutschland bedeutet. Darum geht es. Sozialdemokraten wollen verhindern, daß durch den Sturz der Republik der Feindwille des kaiserlichen Deutschland zur Herrschaft gelangt. Deshalb unsere Kompensationsforderung. Die Republik mit sozialem und kulturellem Inhalt zu erfüllen, ist die Aufgabe der Arbeiterschaft. Die Erfüllung dieser Forderung hängt wiederum in erster Linie von dem einheitlichen Willen der Proletariat, von ihrer Einigkeit und Geschlossenheit ab. Wer in der Stunde der Gefahr den Bruderkampf für bedeutsamer hält als den Kampf um diese Ziele, ist nicht nur ein Schädlings an der Arbeiterschaft, sondern ein Bundesgenosse der Reaktion, der Monarchisten und Hakenkreuzler.

Ein Bundesgenosse der Reaktion ist die kommunistische Partei unter Führung der Scholem und Ruth Fischer. Die Kommunisten haben in Berlin so ziemlich obgewirkt. Die kommunistische Partei befindet sich mitten in einem Auflösungs- und Zerfallungsprozess. Darüber täuschen auch nicht die Heftartikel der „Roten Fahne“ und das hysterische Geschrei über die „bösen Sozialdemokraten“ hinweg. Die kommunistische Partei hat Bankrott gemacht und muß zu Mitteln greifen, die im gewerblichen Leben ein vor dem Untergang oder Bankrott stehender Kaufmann ergreift. Wie die Felle mit gepumpten und geschnittenen Geldern ein vor dem Bankrott stehendes Geschäft beleben und retten soll, so versucht auch die kommunistische Partei dieses Mittel anzuwenden, um den Untergang aufzuhalten. Die wenigen, aber ehelichen Kommunisten haben mir in letzter Zeit mitgeteilt, daß auch die Scholem und Ruth Fischer genau wissen, daß in den letzten Monaten der Einfluß und Anhang der Kommunisten immer mehr zurückgegangen ist. Das trifft insbesondere auf Berlin zu. Deshalb die Offensive gegen die Sozialdemokratie, um zu retten, was noch zu retten ist.

Ein elendes Fiasko waren die Störungsversuche der Kommunisten im Lustgarten. Trotz Flugblätter und „Roter Fahne“ waren die Kommunisten im Lustgarten in verschwindender Anzahl vertreten. Diese Zahl reichte wohl aus, den einen oder den anderen Redner beim Sprechen zu belästigen. Die Demonstration selbst wurde nicht, wie von den Kommunisten behauptet, gesprengt. Im Verhältnis zu der gewaltigen Zahl der Demonstranten war die kommunistische Partei Berlins ein kleiner Haufen, der sich an zwei oder drei Stellen durch Schreien und Rufen bemerkbar machte.

Welche Lehren hat die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft Berlins aus dem Verhalten der Kommunisten zu ziehen? Bestimmt die eine, daß die kommunistische Partei unter Führung von Scholem, eines Feiglings, wie es wohl kaum einen zweiten gibt, unfähig ist, den Kampf zu führen gegen die Reaktion. Indem sie den Kampf: Arbeiter gegen Arbeiter proklamiert, schwächt sie die Arbeiter und stärkt die Reaktion. Monarchisten und Hakenkreuzler haben daher die zuverlässigsten Bundesgenossen an den Scholem und Ruth Fischer. Und da muß ein Wort über diese Parteiführer gesagt werden. Scholem und Ruth Fischer, die die bedauernswerten kommunistischen Arbeiter gegen die Sozialdemokratie aufheben, sie mit Schimpfworten glauben beleidigen zu können, haben in der Stunde der Gefahr, als sie die Arbeiter zur Aktion aufrufen, sich stets feige gedrückt; haben Sozialdemokraten, die sie vorher beschimpften, gebeten, sie zu schützen, sie zu verbergen, wenn sie verfolgt wurden. Die Hilfe von Sozialdemokraten haben sie dann niemals abgelehnt, haben sich bei ihnen bedankt, um nachher um so gemeiner und niederträchtiger schimpfen zu können. Die Charakterlosigkeit zeichnet die beiden Führer der KPD. aus. Wir Sozialdemokraten werden mit Schlichtheit und Festigkeit die Aufklärungsarbeit unter den Proletariats Berlins betreiben. Sowie die Zeit der Vergangenheit angehört, da Kommunisten sozialdemokratische Versammlungen sprengten konnten, wird auch die Arbeiterbewegung gefunden und erstarkt sein.

Franz Künzler.

Auch „Verfassungs“-Feier.

Zur Stunde, da die Republikaner ihr Bekenntnis zur Verfassung erneuerten und mit kühnen Fackeln durch die Straßen marschierten, zu eben dieser Stunde füllten sich die „besseren“ Wirtschaften mit Gästen. Die Hochstimmung der Straße verpflanzte sich (wie ich annahm) in diese Lokale und löste eine Ausgelassenheit aus, die schier endlos schien. Lange noch, nachdem längst alle Fackeln verlöscht und der Menschenstrom sich verlaufen hatte, drangen Musik, Lachen und Gesang aus eben jenen Gastwirtschaften. Ich freute mich dieser Stimmung und dachte: „Wer's dazu hat, der kann ja ruhig... die Hauptsache, daß er irgendwie an der Verfassungsfeier teilnimmt“.

Jemandem! Es ließ mir keine Ruhe. Schloß Mitternacht betrat ich so eine Gaststätte. Gegenüber der drei Mann starken Musikkapelle war ein Tisch noch voll besetzt. Mit vier Damen und vier Herren. Man sah (als die zählten), daß die Leute gut gegessen und noch besser getrunken hatten. Und sie tranken auf „neue Rechnung“ weiter. Ich dachte noch einmal neidlos: „Wer's kann! Die Hauptsache...“ Pöhlisch ein Wirt. Die Kapelle „intonierte“ den Friedrichs-Reg.-Marsch. Nebenbei bemerkt: Sehr schlecht! Trotzdem strahlende Gesichter. Beim Trio flogen die Hände (auch die zarten, weiblichen) zwischen den Flaschen und Gläsern auf den Tisch nieder, sie trommelten den Takt, und die Stimmen gröhnten dazu. Aus! Beifall! Salvoartig. Eine „Runde“ für die Kapelle. Sodann folgen Reden. Man kennt sie. Dazwischen werden Sehnsuchtschreie ausgestoßen nach der „früheren Zeit“. Und nach Revanche. Und die stillen „Erneuerer“ müßte wieder kommen. Ach, sie kam so bald! In Gestalt schlüpfriger Reden und unzweideutiger Zweideutigkeiten. Die Damen mit der Junge feste vorweg! Geliche, vielstehende Blicke. Begehrte. Dazwischen immer wieder ein stiller Entrüstungsschrei. Schließlich noch ein Wirt: es kommt der Schläger von „Himmelsbett“. Als die ganze „Corona“ sich zwinkernd und lachend anfang, da begriff ich mit einem Male, wie grundrechtlich der Schrei dieser Herrschaften nach stiller Erneuerung war.

Der Inhaber des Lokals stieg an meinem abseits stehenden Tische vorüber und sah mich fragend-forschend an. Wohl, weil ich mit keiner Waise mich zu dieser Ausgelassenheit bekamte. Ich warf leicht hin: „Diese Gäste feiern auch Verfassung, nur ist ihre „Verfassung“ nicht mehr die beste!“ Wenige Augenblicke später redet der Inhaber auf den feiernden Stammtisch ein, die Ohren spitzen sich merklich und schließlich werden sich die erhitzten Köpfe nach meinem Tische hin. Da zog ich „Reine“. Nicht aus persönlicher Feigheit! Aber es wäre unheimlich, um Mitternacht unter dem „Eindruck“ eines köstlichen Bierfelds zu enden!

Der „Artenkonditor“, der bei dem Sturm auf das Banner der 48. Abteilung anlässlich der Verfassungsfeier am Montagabend im Lustgarten es trotz der Eile nicht vergaß, das Gute mit dem Nützlichen zu verbinden, indem er der das Banner begleitenden Jugendgenossen die Armbanduhr vom Arm reißt und stahl, wird ersucht, die Uhr, vorausgesetzt, daß es seine revolutionäre Ehre gestattet, der Redaktion das „Vorwärts“ zu übermitteln, damit sie der Bestohlenen wieder zugestellt werden kann.

Erwerbslose und Mietzahlung.

Den meisten Erwerbslosen fällt es außerordentlich schwer, die Miete pünktlich oder überhaupt zu zahlen. Das wöchentliche Erwerbslosengeld reicht noch nicht einmal zum Lebensunterhalt. Wer also nicht kleine Nebenverdienste durch Gelegenheitsarbeit hat, kommt sehr bald mit der Miete in Verzug. In besonderen Notfällen zahlt das Wohlfahrtsamt die Miete, aber in der Regel nur für einen Monat. So sind Rückstände über vier, fünf und noch mehr Monate nichts Seltenes. Viele Hauswirte und Vermieter nehmen ersetzungsweise Rücksicht auf diese Verhältnisse, wenn die in Not geratene Familie als ordentlich bekannt ist. Andere Hauswirte oder ihre Vertreter gehen in der rücksichtslossten Weise vor und machen den Erwerbslosen, die sich doch das Geld nicht aus den Rippen schneiden können, unnötige Lasten, nehmen auch irdischerweise keine Teilzahlungen an, wozu sie allerdings gesetzlich nicht verpflichtet sind. Ein krasser Fall wird aus der Gräbstraße in Treptow berichtet.

Hier hat der Hauswirt, früherer Barbier und Dentist, jetzige Schokoladenhändler, im Haus vor einem Zettel angebracht: „Die Miete ist bis zum 4. August zu zahlen, sonst wird die Forderung dem Rechtsanwalt übergeben.“ Ein im Hause wohnender Erwerbsloser hatte Bezahlung der Augustmiete durch das Wohlfahrtsamt beantragt. Ende voriger Woche erschien bei dem Hauswirt ein Mitglied der Wohlfahrtskommission und wollte die Miete bezahlen. Der Hauswirt lehnte ab mit dem Bemerkten, daß „kein“ Rechtsanwalt die Sache bereits in der Hand habe. Zwei Tage später erhielt der Erwerbslose von dem nur wenige Häuser entfernten Rechtsanwalt und Notar Dr. Jansen, der auch Syndikus des Treptower Grundbesitzervereins ist, die mit drei Zeilen getippte, durch Boten abgetragene Aufforderung, bei Vermeidung von Weisungen bis zum 12. August 1781 M. Miete für August und 2 M. Gebühren zu zahlen. Konnte da nicht der Hauswirt die voll angebotene Miete annehmen und den Rechtsanwalt benachrichtigen, daß die Forderung erledigt ist? Die Sache ist noch nach anderer Richtung hin bemerkenswert. Der Hauswirt hatte früher einen Barbierfeller, machte den Krieg als Sanitäter mit, wohnte in seinem jetzigen Hause erst als Mieter und blieb, ehe er das Haus kaufte, wiederholt die Miete schuldig. Er bewohnte anfangs mit seinem Sohne eine größere Wohnung im ersten Stodwerk und ließ sich dann von Wohnungsamt den jetzigen Konstruktoren neben anhängender Stube zuweisen. Die Zuweisung erfolgte gerade deshalb, damit der Hauswirt, der bisher zusammen mit seinem Sohne als Dentist tätig war, sich eine eigene Existenz schaffen könne. Da sollte doch der Herr, der die Not am eigenen Leibe kennen gelernt hat, bis er es plötzlich zum Hauswirt brachte, auch Verständnis für die Not anderer Mieter haben. Seine Sturm- und Drangperiode als Mieter scheint er aber völlig vergessen zu haben.

Ein Mordversuch im Walde.

Der Polizei in Bieh an der Ostbahn bei Küstrin ist es gelungen, einen solchen höheren Forstbeamten zu verhaften, der des versuchten Raubmordes an einem Hofbesitzer aus Schneidemühl dringend verdächtig ist. Der Verhaftete hat die verbrecherische Tat bereits eingestanden. Es handelt sich um einen Gärtner Balom, der in der Uniform eines höheren Forstbeamten bei einem Hofbesitzer in Schneidemühl einen Korbwagen mit zwei Pferden mietete, um angeblich die durch den Forstleutenrat vermittelten Wälder der Ostmark zu besichtigen. Er hat dann den Hofbesitzer, der die Fahrt mitmachte, unterwegs in einem Walde umzubringen versucht und ihm Geld und Wertsachen abgenommen. Mit dem Wagen, auf dem sich auch seine Frau befand, ist dann der Mörder nach vielfachem Umherirren nach Bieh gekommen, wo er bei einem Schmiede die Pferde beschlagen lassen wollte. Der Schmied wurde durch den Umstand stutzig, daß bei einem Pferde der Schwanz so unachtsam hängte, daß es stark blutete. Er benachrichtigte die Landjäger, die den angeblichen Forstbeamten und seine Frau festnahmen und einen Verhör unterzogen. Der Hofbesitzer wurde in der Nähe von Schlauch in einem Walde noch lebend aufgefunden. Der Verbrecher ist dem Amtsgericht in Bieh eingeliefert worden.

Blumenschmuckkunst. Eine ihrer Art wohl seltene Gelegenheit, künstlerisch geschmückte Festtafeln zu besichtigen, bietet sich den Interessenten und Freunden der Blumenschmuckkunst am Freitag, den 15. d. M., nachmittags von 2 bis 5 Uhr, im Kaiserpaal des

„Rheingold“, wo die Ortsgruppe Groß-Berlin des Verbandes Deutscher Blumengeschäftsinhaber zur Hundertjahrfeier der Höheren Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem die Tafeldekoration ausführt. Auch kann am Sonntag, den 17. August, von 9 bis 2 Uhr, die in den oberen Hörsälen der Höheren Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem aus Anlaß ihrer Hundertjahrfeier erfolgte Ausstellung von Hörerarbeiten, Unterrichtsmitteln aus den Gebieten der Gartenkunst, des Obstbaus und des Pflanzenbques in geschmackvoller Darbietung besichtigt werden.

Der „Heuerbas“.

Schwindelunternehmen eines früheren Stewards.

Ein ebenso ungewöhnliches wie lohnendes „Unternehmen“ betrieb in Berlin seit einiger Zeit der 41 Jahre alte Musiker Wilhelm Apffelbaum aus der Kottbuser Straße. Apffelbaum war jahrelang Musiker, zuweilen auch Steward auf Seedampfern, bereifte so die ganze Welt, lernte alle Nebeseinkünfte kennen und wußte überall in den Hafenstädten gut Bescheid. Als er nun keine Lust mehr hatte, zu fahren, spielte er den Heuerbas. Er suchte durch ausgedehnte Veröffentlichungen in Musik- und Schiffszuliner für große Reisen, ver sprach den Reuten, die sich schriftlich meldeten, alles was sie nur wünschten, ließ sich jedesmal einen erheblichen Vorschuß bald an dieses, bald an jenes Postamt senden und bestellte die Angeworbenen zu einem bestimmten Termin nach Hamburg oder Bremerhaven, von wo ihre Dampfer auslaufen sollten. Reuten, die schon gefahren waren, benannte er ein bestimmtes Schiff, dessen Ausfahrzeit er sich gemerkt hatte. Für „ganz grüne“ erfand er kurzerhand neue Dampfernamen. In jedem Falle haben sich die „Angeheueren“, wenn sie nach der Hanfschiffstadt kamen, schwer enttäuscht. Niemand wußte etwas von ihrer Anheuerung, sie hatten den Vorschuß und die Reisekosten umsonst gezahlt und mußten unrichtigste Sache wieder heimkehren. So erging es nach dem bisher bei der Kriminalpolizei eingelaufenen Anzeigen 180 Bewerbern, wahrlich nicht aber sind es noch viel mehr. Bestern wurde der Gauner bei einer Streife in einem über beleumdeten Quartier in der Chausseestraße mit seiner Geliebten ermittelt und festgenommen. Weitere Betroffene können sich bei Kriminalkommissar Wächter im Polizeipräsidium melden.

Blumenschmuckkunst. Eine in ihrer Art wohl seltene Gelegenheit, künstlerisch geschmückte Festtafeln zu besichtigen, bietet sich den Kameradschaft Eichwalde des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ am Sonntag veranstaltete Verfassungsfeier. Nachts schon der Nachmittag, unter Vorantritt einer Musikkapelle stattfindende Umzug der Kameradschaft einen starken Eindruck auf die Bevölkerung, so in noch verstärktem Maße der den Abend beschließende Fackelzug. Der ganze Verlauf der Feier hat den Beweis erbracht, daß das Gros der Eichwalder Bevölkerung dem seinerzeit von auswärtigen Gegnern der Republik in Szene gesetzten Dreierumzug völlig fremd gegenüberstand. Die bei der Feier selbst vollzogenen Neuaufnahmen geben der Kameradschaft, die vor knapp zwei Wochen ins Leben gerufen wurde, bereits eine Stärke von hundert Mann. Eine Störung der Feier wurde von keiner Seite versucht.

Königlich bayerische Geographie.

Vor einigen Tagen hat sich bei Weilrich ein nicht unbedeutendes Eisenbahnunglück zugetragen. Der „Frankfurter Courrier“ in Nürnberg, das ehemalige Organ der Frankfurter Fortschrittspartei und späteren Demokraten, schreibt zu diesem Unglück der Erfurter Eisenbahndirektion ins Gewissen, daß derartige Unglücksfälle auf den königlich bayerischen Eisenbahnen ebenso wenig wie auf den königlich preussischen möglich gewesen wären, und daß sie auch verhindert werden, wenn Bayern seine Eisenbahnen wieder habe. Das ausgezeichnete Nürnberger Blatt gibt dabei von der festesten Überzeugung aus, daß Weilrich zum Bereich der Eisenbahndirektion Erfurt, diese Station also zu den republikanisch-preussischen Eisenbahnen gehöre. Weilrich liegt aber 12 Kilometer jenseits der Grenze auf bayerischem Gebiet! — Ein bisschen Geographie kann eben auf keinen Fall schaden!

Bei einem Autounfall in der Nähe von Wodley (Worcestershire, England) wurden sieben Frauen und Kinder getötet und zahlreiche Personen verwundet.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S. W. 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Morgen, Mittwoch, 13. August:

6. Abt. 7 1/2 Uhr Zahlabend in den bekannten vier Lokalen. — Am 24. August Ausflug nach Schulzenhof. Näheres wird noch bekannt gegeben.
7. Abt. 7 1/2 Uhr gemeinsamer Zahlabend in Röhlers Festhallen, Tiefstraße 24. Stellungnahme zur Wahl des Bezirksvorstandes.
21. Abt. Zahlabend in den bekannten Lokalen. Die Funktionäre treffen sich um 1 1/2 Uhr bei Kroll, Albrecht Str. 21, zu einer wichtigen Besprechung.
26. Abt. 7 1/2 Uhr im „Mittelsächsischen Juch“, Jochplatz 7, Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Adolf Hoffmann.
68. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr bei Kaden, Wolzburger-Eds Güntzelstraße. Vortrag des Gen. Dr. Adolf Braum: „Aktuelle Wirtschaftsprobleme“.
81. Abt. Treptow. 8 Uhr Bezirksabend. 1.—3. Bez. bei Riabe, Handjerystr. 60/61. Politische Tagesfragen. Referent: Genosse Buchholz. 4.—6. Bez. bei Schulz, Wiesendamer-Eds Rauhachstr. — Politische Ange. Ref. Gen. Falkenberg.
97. Abt. Neutal. 7 1/2 Uhr Zahlabend. 79, 80, 90, 91. Bez. bei Rühl, Reinertstr. 1. Vortrag des Gen. Rogge. 92, 104, 105, 106. Bez. bei Helbig str. Reich. Siegfried, Eds Reichstr.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

36. Abt. Die Beiratung des Gen. Paul Rühl, Alster Str. 12, findet Mittwoch nachm. 3 1/2 Uhr auf dem St.-Pauli-Friedhof, Berlin, statt.

Saisonbeginn im Sportpalast.

Das Programm für den Eröffnungabend des Sportpalastes am Freitag, den 15. d. M., ist jetzt fertiggestellt. Die sportliche Leistung ist über den bisher geplanten Umfang noch hinausgegangen, geleitet von dem Bestreben, vor allem erst die heimischen Talente zu fördern und zu pflegen und einer möglichst großen Zahl von Bogen nach der langen Pause die sich nötige Verdienst- und Kompensationsleistung zu geben. Zugleich ist auch den Wünschen des Publikums Rechnung getragen worden, da außer dem Meistertischkampf nur noch Treffen über kurze Strecken angelegt sind. Das Programm hat folgendes Aussehen: Rößlich-Diamant, 4 Runden; Raub-Junkle, 6 Runden; Jendorf-Road, 6 Runden; Weltgewichtsausscheidung: Stein-Brandl, 8 Runden; Deutsche Mittelgewichtsmeisterschaft: Curt Brenzel—Erich Miens, 20 Runden, 3 Minutenrunden mit 4 Unzen, harten Bandagen. Rößlich ist ein hoffnungsvoller Mittelgewichtler, der schon einem Miens zu schenken mochte. Diamant hat kürzlich gegen Rausch Härte und Siebervermögen gezeigt. Raub, der als bewährte Herospräsident, ist seinem Berufskameraden Junke in den Berufssport gelangt. Der starke, immerfort kämpfende Grenateur, wird sicher auch hier eine gute Rolle spielen. Die Niedergewichtler Jendorf und Road kommen ebenfalls aus der Meisterklasse der Amateure. Diese früher so oft vergeblich erwartete Begegnung ist durch Jendorfs Übergang zum Berufssport endlich ermöglicht worden. In der Paarung Brandl—Stein sind zwei hoffnungsvolle, junge Kämpfer zusammengedrückt worden. Dazu die Mittelgewichtsmeisterschaft Miens—Brenzel. Den Kampf, auf den die ganze Sportwelt ein Jahr lang gewartet hat und der, wie alle früheren Treffen um diesen Titel, wieder höchste Spannung, Bewegung und große Leistungen bringen wird. Der Vorverkauf ist eröffnet. Die Preise der Eintrittskarten betragen 2 bis 20 M.

Gewerkschaftsbewegung

„Diktatur des Proletariats“

In Verfolg der ihr von Moskau vorgezeichneten Marschroute muß die „Rote Fahne“ in Berlin so tun, als könne sie nicht begreifen, daß das Experiment, das sich in Rußland als ein Fehlschlag erwies, hier in Deutschland erst recht festschlagen müßte, die Entwicklungsphase der kapitalistischen Wirtschaftsordnung abzukürzen, zu überspringen und die Diktatur des Proletariats zu proklamieren.

Auf unserem ersten Betriebsrätekongress in Berlin gab Brandler dieser kommunistischen Theorie bildlichen Ausdruck, indem er erklärte, man könne nicht warten, bis die Frucht im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft reif sei, man müsse den Kaiserschnitt machen. Jeder dumme Junge weiß, daß es töricht ist, Obst von den Bäumen zu schüttele, das noch nicht reif ist. Wenn er es in Gesellschaft mit feineseliglichen aus übermäßigem Zeltvertrieb dennoch tut, hat er zwar keinen Gewinn davon, außer dem Spott, den ihm der Lausbubenstreich macht. Erwachsene werden solche Streiche auf jeden Fall ablehnen und den Buben sagen, sie sollen wenigstens solange warten, bis die Kapsel reif sind. Die uns damals gefälliger kommunistische Theorie lacht jedoch solche Dummejungenstreiche mit der Begründung zu rechtfertigen, daß die Früchte an Baum angefault seien und notfalls verderben müssen, wenn sie nicht vor der Reife abgenommen würden.

Die „Rote Fahne“, die die als verfehlt erwiesene Moskauer Theorie zu vertreten hat, kommt sich an die Stelle unserer geistigen Verantwortung über die Stellung der Gewerkschaften zur Verfassung, die besagt, daß die deutsche Verfassung mit dem Zustand, in dem wir uns befinden, zu rechnen hatte, mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sie als die gegebene Wirtschaftsordnung voraussetzen mußte.

Die Tatsache selbst kann auch das kommunistische „Wahrheits“-Wort nicht bestreiten, schimpft es doch tagtäglich darüber. Welchen Sinn sollte es aber haben, die für die Gegenwart und die nächste Zukunft notwendige Verfassung auf nicht vorhandene Grundlagen zu stützen, sie auf Wolken aufzubauen im Reiche der Lüfte.

Die Kommunisten sind im Laufe der Zeit dahinter gekommen, daß ihre Weltrevolution sich nicht ganz nach den Parolen und Programmen der Moskauer Weltkongresse bewertbar läßt. Es würde sich freilich nicht mit dem eigenartigen Charakter ihrer Bewegung vertragen, wollte man ihnen zuzumuten, sie hätten aus ihren bisherigen Versuchen etwas gelernt. Zu dem Glauben an ihre Weltrevolution können sie uns aber nicht zwingen, uns nicht hindern, daß wir aus den Dingen unsere Lehren ziehen, insbesondere auch aus ihrem ganzen erbärmlichen Treiben. Einmal wollen wir das sozialistische Ziel der Diktatur des Proletariats nicht umfassen lassen in eine Diktatur über das Proletariat, das heißt gegen das Proletariat, zu anderem gestatten wir uns auszusprechen, daß das Proletariat noch längst nicht den Grad der Erkenntnis, der Selbstsicherheit und Befähigung erlangt hat, der unerlässliche Vorbedingung zur Erreichung unseres Zieles ist. Es wäre Selbsttäuschung, dies zu verkennen.

Wer etwa auf theoretischem Wege in seiner Studierstube zu einer anderen Auffassung gekommen ist, durfte nur am gestrigen Abend einen Spaziergang im Lustgarten machen und die kommunistischen Weltrederer in ihrem Treiben beobachten. Ein gewisser Fanatismus im günstigsten Falle, mehr aber die Lust am Krakeel, am Handgemenge, am Heberfall auf wehrlose Massengemeinschaften und -genossinnen, wie er sich hier so fühlbar bemerkbar machte, kann unmöglich die mangelnde Erkenntnis, das mangelnde Wissen, den nötigen Bildungs- und Reifeegrad erklären.

Was sich hier an Verwahrlosung zeigte, ist geradezu erschreckend und läßt nur allzu deutlich die Verwilderung durch den Krieg und die nachträgliche Verärgerung über die wirtschaftlichen Mißstände in der Nachkriegszeit erkennen.

Dennoch, so unerquidlich, so trostlos dieser Zustand auch erscheint, zeigt er uns doch nur, daß die Schär der ausgeklärten Arbeitnehmer noch sehr gering, nicht größer geworden ist nach dem Kriege, daß es aller Anstrengungen bedarf, mit der Wiederkehr halbwegs normaler Verhältnisse die nötige Aufklärung zu schaffen. Bei der Verwirrung, die der Kommunismus vorab in den Köpfen der Jugendlichen engerichtet hat, wird das um so schwerer sein, als es ohnehin ist, allein eben deshalb ist es um so notwendiger und dringender. Sonst kommen wir nicht vorwärts, nur noch weiter zurück. Wer noch daran zweifelt, daß der Kommunismus der Reaktion in die Hände arbeitet, wer aus den Zuständen in den Betrieben, der organisatorischen Verwilderung, noch immer nicht die Schlussfolgerung ziehen wollte, mußte sich durch das von Scholem und anderen Moskauer Agenten dirigierte kommunistische Treiben gegen die Verfassungsfeier eines besseren belehren lassen.

Von unseren gestrigen Ausführungen haben wir nichts zurückzunehmen, so wenig sie auch der „Roten Fahne“ gefallen haben. Für die Verfassung, für die Republik, für die sozialistische Erkenntnis und Schulung — gegen die kommunistische Diktatur! — ist noch wie vor die Parole jedes denkenden, jedes überzeugten Gewerkschafters.

Die Wiederherstellung der Sozialversicherung.

In einer Abhandlung, die Ministerialdirektor Brieser, der Leiter der Abteilung für Sozialversicherung im Reichsarbeitsministerium, in der nächsten Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ über Lage und Entwicklung der Sozialversicherung veröffentlicht, vorbereitet WTB. den folgenden Auszug:

„Die Sozialversicherung hat die schwere Notlage, die sie während der Inflation durch Vermögensschwund und Beitragsausfall erfahren hat, im wesentlichen überwunden. Mit der vorläufigen Währungs- festsitzung begann die erfolgreiche Wiederaufbauarbeit.“

Am raschesten haben sich die Krankenkassen umgestellt. Sie umfassen jetzt 18 Millionen Versicherte. An Beiträgen werden im allgemeinen 6 Proz. des Grundlohnes erhoben, infolge veränderter Lohn- und Preisverhältnisse mehr als vor dem Kriege, im Betrag aber nicht mehr als früher. Der Versicherungsbedarf beträgt 750 Millionen Goldmark jährlich. Gelungen ist aber auch eine Hebung der Leistungen. Neu ist insbesondere die Familienwochen- beihilfe, die in etwa 600.000 Fällen im Jahre eintritt. Zugewonnen hat auch die Familienkrankenpflege als freiwillige Mehrleistung. Im ganzen überwiegen heute Sach- leistungen gegenüber dem Krankengeld. Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 31. Juli 1924 hat die Leistungen in der Familienwochenbeihilfe von 30 M. auf insgesamt 80 M. (Beihilfe, Wochengeld, Stillschuld) erhöht. Davon trägt das Reich die Hälfte. Der Reichszuschuß beträgt 20 Millionen Mark jährlich.

Die auf Rücklagen aufgebaute Invalidenversicherung hat sich in besonderer Not befunden. Wenn an Zinsen erlidet sie einen dauernden Ausfall von 60 bis 70 Millionen Goldmark jährlich. Die Zahl der Rentempfänger hat sich gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt. Gleichwohl wird die Versicherung ihren Aufgaben wieder gerecht, Witwen- und Waisenrenten sind gegen früher sogar wesentlich erhöht. Trotz der erhöhten Ausgaben wird ein Beitragsaufkommen von 330 Millionen Mark, nur 40 Millionen Mark mehr als 1913, ausreichen. Darin kommt die größere Wirtschaftlichkeit des Umlageverfahrens gegenüber dem Anwartschaftsbedarfsverfahren zum Ausdruck. Der Zuschuß des Reichs beträgt für das laufende Haushaltsjahr 110 Millionen Goldmark (1913 58 Millionen). Auf den Tag trifft eine Rentenausgabe von 1 Million Mark (1913 1/2 Million Mark). Besondere Sorgfalt wird auf die Heilverfahren verwendet.

Die erst 1913 eingeführte Angestelltenversicherung umfaßt 1,6 Millionen Versicherte. Da die Beizzeiten zum großen Teil noch laufen, die Leistungen also erst zum geringeren Teil begonnen haben, war die Aufwertung hier leichter. Das Ruhegeld beträgt 30 M., die Witwenrente 18 M. und die Waisenrente 15 M. monatlich. In der Angestellten- und Invalidenversicherung wird auf die Dauer und Höhe der Versicherung nunmehr wieder durch einen Sicherungsbetrag Rücksicht genommen.

Die Unfallversicherung schützt jetzt 24 Millionen Arbeiter usw. mit einem Aufwand von 110 Millionen Mark. Die Leistungen werden in allerhöchster Zeit auf die frühere Höhe gebracht werden, wobei Schwererletzte noch besondere Berücksichtigung erfahren sollen. Auch auf den Familienstand wird, und zwar durch Kinderszuschüsse, Rücksicht genommen werden. Die Unfallversicherung wird eine Ausdehnung auf Gastwirtschaften und Verkaufsgeschäfte erfahren, bestimmte Berufskrankheiten sollen dem Unfall gleichgestellt werden.

Als Zukunftziele der Sozialversicherung kennzeichnet der Verfasser Klarheit, Uebersichtlichkeit und soziale Gerechtigkeit. Mit eindringlichen Worten weist er abschließend die Unentbehrlichkeit einer angemessenen Sozialversicherung zur Ergänzung des Lohnes nach.“

Aus Polnisch-Oberschlesien.

In der Konferenz, die gestern vormittag in Katowitz unter dem Vorsitz des Ministers Darowski stattfand, brachten die Vertreter der ostoberschlesischen Arbeitgeber eine Reihe Forderungen vor, von deren Annahme sie die Inbetriebsetzung der Gruben abhängig machten. Die wirtschaftlichen Forderungen betreffen u. a. Steuererleichterungen, Tarifwerkzeugungen, Garantie für Anleihen usw., die sozialen Forderungen Lohnherabsetzung, Verminderung der Deputatskölle, Änderung der Verfügung über die wirtschaftliche Demobilisierung usw. Der Minister versprach eine wohlwollende Behandlung der wirtschaftlichen Forderungen, soweit die Möglichkeit dazu für die Regierung bestehe, wobei er gewisse konkrete Verpflichtungen einging. Die sozialen Forderungen erklärte der Minister in der vorgelegten Form nicht annehmen zu können, wobei er die Grenze unterstrich, bis zu welcher die Regierung in dieser Hinsicht gehen könne. Die Arbeitgeber werden zu dieser Erklärung des Ministers in einer besonderen Abendkonferenz Stellung nehmen. — Am Nachmittag wurde von Minister Darowski den Vertretern der Arbeiterorganisationen die Stellung der Regierung bekanntgegeben.

In England sind die Sätze der Erwerbslosenunterstützung um ein Sechstel der bisherigen Beträge erhöht worden.

Wirtschaft

Die Erschwerung des deutschen Exports.

Mit besonderer Absichtlichkeit behaupten die deutschen Unternehmer, daß sie erst dann wieder in dem früheren Maße exportfähig sein würden, wenn durch Abbau der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit eine erhöhte Produktivität der Betriebe erreicht sei. So sagt die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in ihrer jüngst erschienenen Schrift über die Arbeitszeitfrage in Deutschland, daß die deutsche Exportindustrie nur wieder aufgerichtet werden könne, wenn es ihr gelinge, besser und billiger zu produzieren als das Ausland. Hierzu bedürfte es höchster Qualitätsleistung

und längerer Arbeitszeit. Welchen Einfluß in Wirklichkeit Arbeitslohn und Arbeitszeit auf die Produktivität der Betriebe haben, wird bei anderer Gelegenheit festzustellen sein. Hier braucht im allgemeinen nur darauf hingewiesen zu werden, daß auf Grund zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen und nach den Erfahrungen der Praxis die Qualität der Waren durch kurze Arbeitszeit und hohe Löhne geradezu gefördert wird. Wir brauchen nur an Amerika und England zu denken, deren Industrien die verhältnismäßig besten Arbeitsbedingungen haben und die trotzdem den mit niedrigeren Löhnen und längeren Arbeitszeiten produzierenden Ländern, was Güte und Preis der Ware anbelangt, im allgemeinen überlegen sind. Auch die deutsche Exportindustrie ist nicht herbeigeführt worden durch hohe Löhne und kurze Arbeitszeit, sondern durch eine Reihe anderer Faktoren. So äußerte sich in der Generalversammlung der Hansa-Blond-Works AG. in Bremen die Direktion über die Lage der deutschen Automobilindustrie wie folgt:

Eine Herstellung deutscher Automobile zu Weltmarktpreisen sei zurzeit unmöglich. Nicht nur wegen der Herstellung stark verteuerten produktionsfeindlichen Steuererhebung, nicht nur wegen der zwar besser gewordenen, aber noch unzureichenden Arbeitsleistung, sondern vor allem wegen der hohen Materialpreise. Zu dem Betrage, zu dem in Amerika ein Wagen mittlerer Klasse an den Kunden geliefert wird, sei in Deutschland nicht einmal das Material für einen Wagen ähnlicher Art zu beschaffen. Als Inhaber des Aluminiummonopols weitestens das Reich in bezug auf unverhältnismäßig hohe Preise mit den Trusts und den Verbänden, unter deren Diktatur die ganze Fertigungsindustrie verlaufe. Angesichts dieser Tatsachen würde die Einführung amerikanischer Fabrikationsmethoden, wenn sie überhaupt möglich wäre, zwecklos sein, denn der dadurch zu erreichende Arbeitsgewinn wäre bedeutungslos gegenüber der Höhe der Materialpreise. Die Kosten des Materials machen einen viel bedeutenderen Anteil am fertigen Objekt aus als die Löhne. . . . Weniger schwierig, wenn auch keineswegs leicht, sei die Lage der Automobilfabriken, die Spezialfahrzeuge herstellen und es darin zu besonderen Leistungen gebracht haben. Hier auch ihnen sei insolge der zu hohen Materialpreise der Export erschlossen, auch sie leiden unter Geldmangel und Kreditnot. Seltener seien die Besteller in der Lage, prompt zu zahlen, meist müßten lange Zahlungsfristen eingeräumt werden. Die Finanzierungsfragen stellen die Verwaltungen oft vor Aufgaben von unendlicher Schwierigkeit.

Natürlich verlangen die Automobilindustriellen einen starken Zollschutz, um sich der billiger arbeitenden ausländischen Konkurrenz zu erwehren. Das wäre allerdings das untauglichste Mittel zur Verbilligung der inländischen Produktion und zur Hebung des deutschen Exports. Aber wesentlich ist das Eingeständnis der Bremer Direktion, daß die Löhne bei der Preisfestsetzung eine nebengeordnete Rolle spielen. In der Tat wirken die anderen von dieser Stelle erwähnten Faktoren hemmend auf den deutschen Export ein. Da ist zunächst die technische Rückständigkeit vieler Betriebe. In der Inflationzeit war es eben viel bequemer, das Papiermarkkapital in Devisen und Waren anzulegen, als es zur Verbesserung des Produktionsapparates zu verwenden. Wo sie in den Betrieb hineingeklebt wurden, geschah es vielfach, um den Rahmen des Unternehmens über die normale Ausdehnungsmöglichkeit hinaus zu erweitern und nicht um den Betrieb zu intensivieren. Das ist eine der Hauptursachen für den jetzigen Mangel an Betriebskapital, der besonders die schwächeren Unternehmer zwingt, an Zinsen für Leihgeld ein Vielfaches an Leihgeld von dem zu zahlen, womit die ausländische Konkurrenz bei der Inanspruchnahme von Krediten zu rechnen hat. In besonders schwieriger Lage befindet sich die deutsche Fertigungsindustrie, die, wie in Bremen festgestellt wurde, Ueberweltmarktpreise für ihre Materialien zahlen muß.

Eine Erleichterung der Lage ist infolgedessen schon zu verzeichnen, als die Golddiskontbank dem deutschen Exporthandel Kredit zur Verfügung stellt, mit denen die Ausfuhr, bei der jetzt auch längere Kredite eingeräumt werden müssen, finanziert werden kann. Bis Anfang Juli sind von dieser Bank über 220 Millionen Mark ausgeteilt worden. Die letzten Erschwernisse des deutschen Exports werden allerdings erst dann fallen, wenn durch die Ausführung des Sachverständigenrats erreicht wird, daß Deutschland als gleichberechtigter Partner in den Kreis der auf dem Weltmarkt tätigen Nationen zurückkehrt. Nach Beseitigung aller Schranken, die Deutschland noch von der übrigen Welt absperrten, wird auch die Preisdiktatur der deutschen Trusts und Verbände gebrochen werden können.

Verantwortlich für Politik: Carl Reuter; Wirtschaft: Felix Gohmann; Gewerkschaftsbewegung: Reich; Kultur: Emilien; R. S. Pöhl; Politik und Günstige: Felix Gohmann; Anzeigen: Th. Giese; Schriftlich in Berlin: Berlin: Bornstr.-Berlin G. m. B. H., Berlin, Druck: Bornstr.-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O. 66, Lindenstraße 2.



HEVITAN Vitamin-Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyher
Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben. In Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der **Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.**

Allen Verwandten und Bekannten gebe ich hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, mein treuestes Freund im Leben

Emilie Berger geb. Benschow im 61. Lebensjahre am Freitag, den 8. Aug. 1924 nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Trauerfeier Mittwoch, 13. Aug., nachmittags 5 Uhr, Reformations-Gedächtnis-Kirche, Carl-Becker-Str. 65, Tempelhof 2.

Volkskleidung!
Kosen für Sport, Dienst und Straße. **Wandhalter-Wasche.** **Costen- und Gummiartikel.** **Wasche für Herren u. Frauen.** **Senden & Costen & Unterziehen.** **Der gute, milde Wert, billige Preise.**

Berufskleidung!
Gerhard Kohlen Neukölln **Hermannstr. 75-77.**

Damen-Konfektion erhalten Sie bei bequemster Teilzahlung von nur wöchentlich **2.-** jetzt auch direkt aus der Fabrik **O. Wollburg, Brunnenstr. 56-57** Kredit-Abteilung

Strickwaren u. Jacken 8 75 12.20 17-50, reine Wolle Ueber 600 Stk. v. d. kleinsten Kindergr. bis zur größten Weite ständig a. Lager.

Bicycles sämtl. Fabrikate zu Originalpreisen. **Bruno Richter & Co.,** Fabr.-Ndlw. Thüring. Wollwaren — Bin.-Pankow Mühlenstr. 1, Ecke Breite Str.

HOLZHAUSER von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Gärgerne etc. liefert preiswert kurzfristig. **Holzhausbau Littmann** R. 54, Lehrtegraben 51/53 Berlin 107/21

Metalbetten Stahlmattens, Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.
Strumpfwaren u. Trikotagen in. Qualitätsware, große Auswahl zu billigsten Preisen, kaufen Sie bei **Erich Schulz** Neukölln, Kaiser-Friedrich-Strasse 220 a. d. Weichselstraße. Vorzeiger dieses Inserats 3% Rabatt

Bleichmittel **Wollwusch, Keimmittel** in luxur. Zeit behoben. **Reichels Malzeisenpulver**, das beste Recept, 30-jähr. Erfolg. 30, 1.50 Abl. 3 Dosen 4.25 In Druck, sonst bei 676 Reichel, Berlin 43, SO, Giesendammstr. 4.

BAUHÜTTE BERLIN

Soz. Baugesellschaft m. b. H. Gemeinwirtschaftliche Bauunternehmung

Ausführung von Bauarbeiten aller Art

- | | | |
|--------------------|--|--------------------|
| Abtlg. für Hochbau | Umbauten u. Reparaturen | Abtlg. für Entwurf |
| Tiefbau | Villen und Landhausbau | Architektur |
| Eisenbetonbau | Industriebau | Konstruktion |
| Zimmerer | Uebernahme ganzer Bauprojekte | Statik |
| Dachdeckungen | Schlüsselfertige Herstellung ganzer Siedlungen | Bauberatung |

Bureau: Berlin W., Genshiner Str. 34
Telephon: Kurfürst 9350-51, 8868

Hosen-Anders Beusselstraße 25

Dezimalwagen
Tafelwag., Gewichte, Waagen, Fein. Inst. usw. **Georg Wagner** Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-Reklame. Kalte Waren, billiger Preise

„Wir haben uns tapfer geschlagen“

Jeder Parteigenosse findet die Statistiken der einzelnen Wahlkreise u. alles Wissenswerte im neuen Handbuch Der deutsche Reichstag 1924 **Eine Mark** Farbiger Umschlag • Über 100 Bilder

Zu haben: **J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 2**

Schokoladen- und Zuderwaren-Großhandlung Strecker, G 2, Straßauer Str. 32, a. Motzenmarkt. **Wassermilch** in Marken, Milden Tafeln, sowie Bonbons, Pfefferminzsaugen, Saftartikeln für Bierbrauer, Schokoladenfabriken, Gebäckereien usw.

Der gute Kapitän-Kaufmann in den meisten Drogen-geschäften erhältlich **C. Röcker, Berlin** Lichtenberger Straße 22, Kgst. 2861